



Beschlussbuch der
ordentlichen Landeskonferenz
der AG 60plus NRW
am 30. Juni 2011
Gelsenkirchen, AWO-Zentrum

Übersicht über die beschlossenen Anträge

Nr.	Seite	Antragsteller AG 60 plus	Titel	Beschlussnotiz und Empfehlungen der Antragskommission
1	3	Landesvorstand	Reform der Pflege	einstimmig beschlossen Annahme und Weiterleitung: SPD Landtagsfraktion am 22.07.2011
2 und I 1	5	Landesvorstand	Erwerbstätigen- versicherung	Einstimmig in Verbindung mit I 1 aus UB-Herne Annahme und Weiterleitung: AG 60plus BuKo am 19.07.2011 Landesparteitag am 22.07.2011 SPD Pateivorstand am 22.07.2011
3 und 4	12	UB Hagen	Entwurf SPD Fortschritts- programm	Einstimmig zusammen mit A 4 Annahme und Weiterleitung: AG 60plus BuKo am 19.07.2011
5 und I 4	14	Landesvorstand	Änderung der Richtlinien	In Verbindung mit I 4 (Ä1 zu A5) von OWL Weiterleitung: als Arbeitsauftrag an AG 60plus Landesvorstand am 19.07.2011
6	15	OV-Köln- Höhenhaus	Termin- ankündigungen	A 6 – A 10 einstimmig Weiterleitung: als Arbeitsauftrag an LV 60plus und NRW-Mitglieder im Bundesvorstand am 19.07.2011
7	16	OV-Köln- Höhenhaus	Internetpräsenz	Siehe A 6
8	18	OV-Köln- Höhenhaus	Seniorenquote	Siehe A 6
9	19	OV-Köln- Höhenhaus	Einsetzung Arbeitsgruppe	Siehe A 6
10	21	OV-Köln- Höhenhaus	Öffentlichkeitsarbeit	Siehe A 6
I 2	22	AG 60plus Region Köln	Hartz IV Regelsatz	in geänderter Fassung statt „Strompreise“ das Wort „Lebenshaltungskosten“. Ohne die Begründung des Antragsstellers verabschiedet. Weiterleitung: SPD Bundestagsfraktion am 22.07.2011
I 3	23	AG 60plus UB Oberberg	Parteireform – Öffnung für Nichtmitglieder	einstimmig als Arbeitsauftrag an den LV 60plus zur Weitergabe an den Landesvorstand NRWSPD im Rahmen der Organisationspolitischen Debatte am 19.07.2011

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

Antrag Nr. 1

Antragssteller: AG 60plus Landesvorstand NRW

**Die Reform der Pflege ist eine
gesamtgesellschaftliche Aufgabe!
Die Rolle der Kommunen ist dabei von
besonderer Wichtigkeit.**

Immer mehr Menschen erreichen ein hohes Alter. Die meisten davon relativ gesund und in der Lage ihr Leben selbst zu gestalten. Dies ist ein erfreuliches Zeichen für den gesellschaftlichen Fortschritt.

Mit der Zunahme älterer Menschen in unserer Gesellschaft steigt die Zahl der Pflegebedürftigen ebenfalls an. Eine gute Pflege diesen Menschen in Zukunft zu gewährleisten, ist eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft.

Die Weiterentwicklung der Pflege beschränkt sich nicht nur auf eine weitere Reform der Pflegeversicherung durch den Bundesgesetzgeber. Sie ist vor allem eine Herausforderung für die kommunale Ebene. Die Gestaltung eines altersgerechten Lebensumfeldes ist die große Aufgabe kommunaler Politik der kommenden Jahre.

Für die bedarfsgerechte pflegerische Infrastruktur sind gemäß § 72 SGB XI die Pflegekassen in der Hauptsache verantwortlich. Die Kommunen sind lediglich beteiligte Akteure. Ihre Steuerungskompetenz ist in der Praxis nicht vorhanden. Sie übernehmen allenfalls in diesem Prozess eine moderierende Rolle.

Das Landespflegegesetz Nordrhein-Westfalen billigt den Kommunen und den Landschaftsverbänden ebenfalls keine gesetzliche Steuerungskompetenz zu. Die im § 6 LfG NW vorgesehene „Pflegeplanung“ reduziert sich in der Praxis auf eine Marktbeobachtung und ist nicht geeignet, eine verlässliche, den Zukunftsanforderungen genügende, kommunale Sozialplanung sicherzustellen.

Die Vorgaben der Bundes- und Landesgesetze legen einen besonderen Blick und Schwerpunkt auf den stationären Pflegebedarf. Dieser Ansatz ist angesichts der veränderten Lebenslagen älterer Menschen und der heutigen alternativen Möglichkeiten im ambulanten und hauswirtschaftlichen Bereich völlig überholt.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47

Der Landesgesetzgeber hat den Kommunen unter dem Gesichtspunkt der Daseinsvorsorge eine eindeutige fachpolitische, fiskalische und sozialplanerische Verantwortung für die gesamte pflegerische Infrastruktur übertragen. Damit die Kommunen dieser Verantwortung gerecht werden können müssen ihnen wirksamere Steuerungskompetenzen eingeräumt werden.

Wir fordern daher:

- **Die Landtagsfraktion zu einer Initiative auf, dass der Landesgesetzgeber dringend wirksame Steuerungsinstrumente schafft, damit die Kommunen ihrer Verantwortung für eine qualitativ hohe, bedarfsgerechte pflegerische Infrastruktur gerecht werden können.**

- **Grundlagen zu schaffen, damit notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Infra- und Leistungsstruktur zwischen der Kommune, den Sozialversicherungen und den Sozialleistungsträgern nur nach einem verbindlichen Abstimmungsverfahren und Einvernehmen aller Beteiligten realisiert werden.**

- **Einen Rechtsanspruch auf eine altersgerechte und behindertenfreundliche kommunale Infrastruktur. Dazu gehören besonders – Wohnen, Verkehr, wohnungsnaher Versorgung, Prävention, eine integrierte Pflegeberatung. Zur Erfüllung brauchen die Kommunen dringend eine dauerhafte auskömmliche Finanzausstattung.**

- **Das Land Nordrhein-Westfalen sollte Projekte, besonders im vorpflegerischen Bereich gezielt fördern. Die Investition in wohnortnahe Beratung, Netzwerkarbeit, bürgerschaftlichem Engagement, Selbsthilfe usw., wirkt direkt bei der Entlastung von Familien und verlängert die Phase des selbstbestimmten und unabhängigen Lebens älterer Menschen.**

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51

Antrag Nr. 2 und I 1

Antragsteller: : AG 60plus Landeskonferenz NRW und UB Herne

Adressat: AG 60plus Bundeskongress

Betreff: Der Weg zu einer Erwerbstätigenversicherung mit Mindestrente

Der AG 60plus Bundeskongress möge beschließen:

Für ein solidarisches Generationenprojekt.

Der Weg zu einer Erwerbstätigenversicherung mit Mindestrente

Ein gesetzliches oder staatlich gefördertes Alterssicherungssystem, das den Anforderungen an einen modernen Sozialstaat und der Balance im Verhältnis der Generationen genügen soll, muss in erster Linie zwei Ziele verfolgen:

- (1) Lebensstandardsicherung und
- (2) Armutsfestigkeit.

Diese beiden Ziele gelten für jedes Alterssicherungssystem. Sie sind Maßstab für Umlage- oder Kapitaldeckungsverfahren, ob die Mitgliedschaft obligatorisch oder freiwillig ist, ob das System für alle Bürgerinnen und Bürger oder alle Erwerbstätigen gilt oder berufsständisch orientiert ist, oder, ob es aus einem einheitlichen gesetzlichen System oder aus mehreren „Säulen“ besteht.

Es ist jedoch festzustellen, dass das deutsche Alterssicherungssystem, das „Drei Säulen –Modell“ – die solidarisch- und umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung, ergänzt um die betriebliche und private kapitalgedeckte Altersvorsorge, in Zukunft beide Ziele, sowohl die Lebensstandardsicherung, als auch die strukturelle Armutsfestigkeit, deutlich verfehlen wird. Dies ist im derzeitigen Rentenbestand bereits spürbar, wird sich in den kommenden Jahrzehnten deutlich verstärken.

- Zum einen haben erhebliche Veränderungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitswelt, wie die Wandlung der Familienmuster, Erosion des

1 Normalarbeitsverhältnisses, Entstehen und Zunahme
2 prekärer Beschäftigungsverhältnisse von denen
3 besonders Frauen betroffen sind, Arbeitslosigkeit und
4 wachsende soziale Ungleichheit, dazu geführt, dass
5 viele Versicherte weder die persönlichen
6 Voraussetzungen für eine Rente deutlich oberhalb des
7 Grundsicherungsniveaus erfüllen, noch annähernd
8 eine Sicherung ihres Lebensstandards erreichen kön-
9 nen. Auch die besonderen Erwerbsbiographien von
10 Frauen müssen bei einer Neukonzeption der
11 Rentenpolitik besonders berücksichtigt werden.

- 12 • Zum anderen hat der Gesetzgeber mit den
13 Rentenreformen des letzten Jahrzehnts die Ziele der
14 Lebensstandardsicherung und der strukturellen
15 Armutsfestigkeit für die gesetzliche
16 Rentenversicherung ausdrücklich zugunsten der
17 Beitragsstabilität aufgegeben. Es wurde beschlossen,
18 das Rentenniveau längerfristig deutlich abzusenken.
19 Die so aufgerissene Lücke sollte durch die
20 ergänzende private kapitalgedeckte Zusatzvorsorge
21 geschlossen werden. Dieser Anspruch kann aber von
22 vielen Erwerbstätigen nicht eingelöst werden. Die
23 staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge führt
24 vielmehr dazu, dass genau die Haushalte gefördert
25 werden, die ohnehin schon eine höhere Sparquote
26 haben.

27
28 Aus diesen Gründen ist es falsch, die Begrenzung des
29 Beitragssatzes zur Rentenversicherung zum alleinigen
30 Kriterium der Renten- und Alterssicherungspolitik zu
31 machen. Weder ein hoher noch ein niedriger Beitragssatz
32 können allein ein sinnvolles sozialpolitisches Ziel sein.
33 Vielmehr ist die Höhe des Beitragssatzes das Ergebnis einer
34 gesellschaftlichen und politischen Abwägung, in die sowohl
35 die angestrebten Sicherungsziele als auch die verfügbaren
36 finanziellen Ressourcen sowie die Dringlichkeit
37 konkurrierender politischer Ziele mit einbezogen werden
38 müssen.

39
40 Wie bei keinem anderen Bereich der sozialen Sicherung
41 kommt es bei der gesetzlichen Rentenversicherung auf
42 Kontinuität und Vorhersehbarkeit an. Dies ist nur zu
43 erreichen, wenn notwendige Veränderungen sich an
44 beständigen Grundprinzipien und Zielen orientieren.

45 Um die Ziele – Lebensstandardsicherung und
46 Armutsfestigkeit – zu erreichen fordern die AG 60plus und
47 der Bundesverband der Jusos folgendes:

- 48
49 • Die gesetzliche solidarisch finanzierte
50 Rentenversicherung muss so umgestellt werden, dass
51 die Hauptziele – Lebensstandardsicherung und

1 strukturelle Armutsfestigkeit – wieder innerhalb der
2 gesetzlichen Rentenversicherung erreicht werden. Die
3 in der Finanzkrise, die durch die globalen
4 Veränderungen in der Wirtschaft besonders in den
5 Arbeitsverhältnissen zu Tage getretenen Risiken
6 lassen sich nicht individuell abdecken, sondern nur
7 durch eine Solidarversicherung innerhalb bzw.
8 zwischen den Generationen.

- 9 • Die nachhaltige Finanzierung der gesetzlichen
10 Rentenversicherung insgesamt und des Einzelnen
11 hängt von einer positiven Entwicklung der
12 Erwerbsbeteiligung und der existenzsichernden
13 Löhne, von der Zahl der
14 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze, der
15 Ausweitung des Kreises der Versicherten, der
16 Reduzierung der Arbeitslosigkeit, der Gestaltung der
17 Zuwanderung und besonders der
18 Produktivitätsentwicklung ab. Für den Abbau der
19 Defizite in der bisherigen Ausgestaltung des
20 Arbeitsmarktes sind die beschlossenen Maßnahmen
21 unseres Programms „Gute Arbeit“ umzusetzen.

22
23 Das entscheidende Kriterium für das Funktionieren unserer
24 deutschen Sozialversicherungssysteme, also auch der
25 Alterssicherung, ist die Primärverteilung der Einkommen. Es
26 gilt daher mit unserer Politik an den Ursachen anzusetzen,
27 bevor wir lediglich Ergebniskorrekturen in der
28 Alterssicherung vornehmen.

29
30 Die von uns vorgesehenen Verbesserungen in der
31 Arbeitsmarktpolitik müssen durch Reformen in der
32 Rentenversicherung ergänzt werden. Die politisch
33 erfolgreichen Veränderungen, um z. B. Sicherungslücken zu
34 schließen, würden wirkungslos bleiben, wenn die drastische
35 Absenkung des Rentenniveaus in der gesetzlichen
36 Rentenversicherung bestehen bleibt. Eine Rückkehr zu dem
37 Sicherungsziel von rd. 53 % (Niveau vor Steuern ohne
38 Abzug des „Riester-Faktors“) ist daher unabdingbar.

39
40 Für die notwendigen Veränderungen in der Alterssicherung
41 gelten für die AG 60plus und die Jusos **folgende**
42 **Grundsätze und Maßnahmen:**

- 43 ➤ **Grundlage ist die solidarische und paritätisch**
44 **nach dem Umlageprinzip finanzierte gesetzliche**
45 **Rentenversicherung.** Sie sichert nach dem
46 Ausscheiden aus dem Erwerbsleben in Form der
47 Rente den Ersatz für das wegfallende
48 Erwerbseinkommen. Die Höhe ergibt sich aus den
49 geleisteten Beiträgen während der Erwerbsphase.
50 Eine jährliche Anpassung der Rente erfolgt durch die
51 Kopplung an die Lohn- und Gehaltsentwicklung.

- 1 ➤ Die gesetzliche Rentenversicherung wird schrittweise
2 zu einer **Erwerbstätigenversicherung** ausgebaut.
3 Das heutige berufsständisch gegliederte
4 Alterssicherungssystem behandelt je nach
5 Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Gruppen
6 (Arbeitnehmer, Beamte, Landwirte, Künstler, freie
7 Berufe, sonstige Selbstständige usw.) gleiche soziale
8 Tatbestände ungleich. Es ist ein Gebot der sozialen
9 Gerechtigkeit, dass alle Erwerbstätigen dem gleichen
10 solidarischen Rentensystem angehören und die damit
11 verbundenen Finanzierungslasten gemeinsam tragen.
- 12 ➤ Das Sicherungsziel der Alterssicherung kann nach
13 dem Paradigmenwechsel 2001 nicht mehr in dem
14 gewohnten Umfang durch die gesetzliche
15 Rentenversicherung erreicht werden. Derzeit bedarf
16 es der freiwilligen Ergänzung durch eine private, allein
17 von dem einzelnen Arbeitnehmer finanzierte,
18 kapitalgedeckte Vorsorge (Riester-Rente,
19 Betriebsrente). Dies kann leider von einem großen
20 Teil der Erwerbstätigen, besonders in der Zukunft,
21 nicht erreicht werden. Die Ziele –
22 Lebensstandardsicherung und strukturelle
23 Armutsfestigkeit – müssen daher wieder vorrangig
24 und verlässlich durch die gesetzliche
25 Rentenversicherung erreicht werden. **Die Absenkung
26 des Sicherungsziels auf rd. 43 % in der
27 gesetzlichen Rentenversicherung wird rückgängig
28 gemacht Eine Rückkehr zu dem Sicherungsziel
29 von rd. 53 % (Niveau vor Steuern ohne Abzug des
30 „Riester-Faktors“) ist unabdingbar.**
- 31 ➤ In diesem Falle sind dann zweite und dritte Säule
32 lediglich private Ergänzungen. Ihre finanzielle
33 Förderung durch den Staat ist damit letztlich
34 entbehrlich. Dies gilt auch für die sogenannte
35 „Entgeltumwandlung“.
- 36 ➤ Betriebsrenten müssen aber im Sinne der
37 Beschäftigten besser reguliert werden. So müssen
38 unter anderem die paritätische Beteiligung der
39 Arbeitgeber sowie die Mitnahmemöglichkeiten bei
40 einem Arbeitsplatzwechsel garantiert sein.
- 41 ➤ Der Wegfall staatlicher Förderung für die zweite und
42 dritte Säule erfordert **die Streichung der
43 Dämpfungsfaktoren** (Riester-Treppe,
44 Nachhaltigkeitsfaktor) in der Ren-
45 tenanpassungsformel.
- 46 ➤ Der Abbau prekärer Arbeitsverhältnisse, die
47 Einführung eines allgemeinen gesetzlichen
48 Mindestlohns, höhere Rentenbeiträge für gewisse
49 Gruppen usw. können niedrige Erwerbseinkommen
50 immer nur für die Zukunft anheben. Niedriglöhne der
51 Vergangenheit würden damit nicht erfasst. Zur

1 Schließung der entstandenen und auch für die Zukunft
2 nicht auszuschließenden Sicherungslücken die u. U.
3 zu einer Rente unterhalb der Grundsicherung führen
4 würde, brauchen wir **eine Ergänzung der**
5 **gesetzlichen Rente um eine Mindestrente.** Hierzu
6 eignet sich etwa das System der
7 Mindestentgeltpunkte, mit dem Zeiten besonders
8 niedrig entlohnter Beschäftigung oder Phasen der
9 Erwerbslosigkeit, Kindererziehung und Pflege höher
10 bewertet werden. Dies muss ohne Befristung der
11 Regelung erfolgen. Das Niveau der Mindestrente
12 muss über der Grundsicherung liegen. Die
13 Grundsicherung muss als eigenständiges soziales
14 Sicherungssystem erhalten werden. Sie sichert das
15 Existenzminimum derjenigen ab, die keine
16 Rentenansprüche erworben haben.

- 17 ➤ Wir brauchen wieder die Abführung von
18 Rentenbeiträgen für Arbeitslosengeld II Bezieherinnen
19 und Bezieher. Es geht nicht nur um die Anerkennung
20 von Pflichtbeitragszeiten sondern vorrangig um die
21 Schließung von wertmäßigen Sicherungslücken. Dazu
22 bedarf es entsprechend hoher Rentenbeiträge.
- 23 ➤ Die Rückkehr zur lebensstandardsichernden und
24 armutsfesten gesetzlichen Rente ist nicht umsonst zu
25 haben. Wissenschaftliche Studien haben aber
26 ergeben, dass ein solcher Kurswechsel **ohne**
27 **Mehrbelastungen für die Beschäftigten** und
28 Nachteile für die volkswirtschaftliche Entwicklung
29 möglich wäre. Im Jahr 2030 müsste der Beitragssatz
30 dazu um vier bis sechs Prozentpunkte stärker steigen
31 als geplant, die paritätisch finanziert werden müssen.
32 Da unsere Vorschläge die private Zusatzversicherung
33 aber entbehrlich machen, werden die Beschäftigten
34 um die geforderten vier Prozent privater Vorsorge
35 entlastet. Im Ergebnis würden sie sogar ein bis zwei
36 Prozentpunkte weniger zahlen müssen.
- 37 ➤ Wir wenden uns **gegen eine auf ein bestimmtes**
38 **Lebensalter festgelegte allgemeine Ren-**
39 **teneintrittsgrenze.** Die Folgen eines für alle
40 Arbeitnehmer gleichermaßen geltendes
41 Renteneintrittsalter haben gezeigt, dass alle Modelle
42 mit starren Altersgrenzen gescheitert sind. Sie
43 müssen scheitern, weil sich einerseits die das
44 Renteneintrittsalter bestimmenden Voraussetzungen
45 ständig verändern (demografischer Wandel, anstei-
46 gende Lebenszeiten, rasante Veränderungen der
47 allgemeinen und beruflichen Qualifi-
48 kationsanforderungen, anhaltender Trend zu
49 individualistischen Lebens- und Arbeitsformen etc.)
50 und andererseits die persönlichen Voraussetzungen
51 für Leistungsmöglichkeit und Motivation im

1 Arbeitsleben für jeden Arbeitnehmer völlig
2 unterschiedlich sind (physische, psychische und
3 geistige Leistungsfähigkeit, Gesundheit, Qualifikati-
4 onserwerb und Qualifikationsbereitschaft, individuelle
5 und familiäre Lebensverhältnisse und
6 Lebensplanungen etc.). In den vergangenen Jahren
7 hat sich die Zahl der privat abgeschlossenen
8 Berufsunfähigkeitsversicherungen stark ausgeweitet.
9 Zudem ist ein maßgeblicher Grund für einen früheren
10 Renteneintritt das **Risiko der Berufsunfähigkeit**. Aus
11 diesen Gründen muss dieses Risiko wieder in den
12 Sozialversicherungssystemen besser abgesichert
13 werden. Es stellt zudem einen Anreiz für die
14 Arbeitgeber dar, alters- und alterngerechte
15 Arbeitsplätze zu gestalten.

16 ➤ Das sture Festhalten an der „Renten mit 67“
17 vernachlässigt diese Erkenntnisse völlig. Das Gesetz
18 ignoriert die Realitäten des Arbeitsmarktes. Die
19 Rückwirkungen auf den einzelnen Arbeitnehmer
20 spielen dabei keine Rolle. Wenn jetzt fast 80 % der 60
21 – 64-jährigen nicht in einer
22 sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstelle tätig sind,
23 dann ist ihnen eine freie Entscheidung über den
24 Berufsaustritt und den Rentenbeginn genommen.
25 Ihnen bleibt selbst bei dem Renteneintrittsalter von 65
26 Jahren nur die Rente mit deutlichen Abschlägen. Die
27 Anhebung der Altersgrenze erfolgt also losgelöst von
28 ihrer tatsächlichen Erreichbarkeit. Fazit: Das Gesetz
29 zur Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre
30 muss abgeschafft, mindesten im Vollzug ausgesetzt
31 werden.

32 ➤ Schon jetzt aber müssen die vorhandenen
33 Möglichkeiten zu einem flexiblen Übergang vom Beruf
34 in die Rente verbessert werden. Wir brauchen einen
35 erleichterten Zugang zur Erwerbsminderungsrente.
36 Die versicherungsmathematischen Abschläge müssen
37 wieder abgeschafft werden. Die unfreiwillige
38 Beendigung des Berufslebens wegen gesundheitlicher
39 Einschränkungen darf nicht durch Abschläge bestraft
40 werden. Das Erwerbsminderungsrisiko muss
41 umfänglich und solidarisch finanziert durch die
42 gesetzliche Rentenversicherung erfolgen. Die
43 „Teilrente ab 60“ muss weiterentwickelt werden. Die
44 durch die Verkürzung der Arbeitszeit und
45 entstehenden Abschläge einer Teilrente müssen vom
46 Arbeitgeber ausgeglichen werden.

47
48
49 Diese Mindestanforderungen zur Verbesserung der
50 Alterssicherung und des Schutzes vor Altersarmut
51 bedürfen sicherlich der Präzisierung und Ergänzung.

1 Darüber regen die Jusos und die AG 60plus eine breite
2 Diskussion mit allen gesellschaftlichen Gruppen an. Wir
3 wollen, Jung und Alt, mit diesen Vorschlägen dazu den
4 Anstoß geben.

5
6 Der Bundesvorstand der SPD Arbeitsgemeinschaft
7 60plus wird dringend gebeten, sich verstärkt und
8 öffentlichkeitswirksam gegen die immer größer werdende
9 Altersarmut einzubringen. Es müssen umgehend Schritte
10 eingeleitet werden, dieser Gefahr entgegenzuwirken.
11 Die nicht mehr im Berufsleben stehende ältere
12 Generation hat immer größere Ängste, ihren
13 Lebensabend in Armut verbringen zu müssen. Diesem
14 Trend muss schnellstens Einhalt geboten werden.
15 Es muss deutlich gemacht werden, dass weitere
16 Belastungen für Rentnerinnen und Rentner nicht mehr
17 hinzunehmen sind.
18 Die Einkommens- und Vermögensverhältnisse driften
19 immer mehr auseinander, die Armut wächst.
20 So kann und darf es nicht weiter gehen.
21 Wer, wenn nicht die SPD muss dem mit aller Kraft
22 entgentreten. Unser Sozialstaat muss in jedem Fall
23 erhalten bleiben.

24
25
26
27

1 **Antrag Nr. 3 und 4:**
2
3

4 **Antragsteller: AG 60plus Landeskonferenz NRW**
5

6 **Adressat: AG 60plus Bundeskongress**
7

8 **„Entwurf SPD-Fortschrittsprogramm“**
9

10 Der AG 60plus Bundeskongress möge beschließen:
11

12
13 **„Die im Entwurf für ein „SPD-Fortschrittsprogramm“**
14 **unter dem Kapitel – 2. Neuer Fortschritt: Ein Programm**
15 **für Gerechtigkeit – genannten Punkte zum Komplex**
16 **„Steuergerechtigkeit und solide Finanzen“ sind**
17 **insgesamt zu allgemein gehalten. Wir alle wissen**
18 **inzwischen, wird immer wieder öffentlich belegt und**
19 **nicht mehr ernsthaft bestritten: Die Schere zwischen**
20 **„Arm und Reich“ klafft in der Bundesrepublik immer**
21 **weiter auseinander. Um hier Einhalt zu bieten sind von**
22 **der SPD konkrete Handlungsschritte für ein „Umsteuern**
23 **jetzt“ in der breiten Bevölkerung vorzustellen. Zwar sind**
24 **im vorliegenden Entwurf der Ist-Zustand mit möglichen**
25 **Schritten richtig beschrieben (*Die Steuerbelastung in***
26 ***Deutschland ist im internationalen Vergleich***
27 ***unterdurchschnittlich.*), so insbesondere bei der**
28 **Vermögenssteuer. Doch zur Beschreibung gehören auch**
29 **konkrete Forderungen unserer Partei mit Angabe von**
30 **Prozentsätzen für eine Vermögensbesteuerung, einer**
31 **erweiterten Erbschaftssteuer und einer Reichensteuer**
32 **sowie für was sie im einzelnen überwiegend verwandt**
33 **werden sollen, auch wenn derzeit eine Durchsetzung**
34 **dieser Forderungen wegen der jetzigen**
35 **Mehrheitsverhältnisse nicht durchsetzbar sind.**
36

37 **Bereits jetzt ist einer breiten Bevölkerung durchaus**
38 **bewusst, dass die Staatsfinanzen von Bund, Ländern**
39 **und Kommunen unterfinanziert ist. Daher sollten die**
40 **steuerlichen Mehreinnahmen für die Beseitigung der**
41 **Unterfinanzierung bei den Sozialausgaben der**
42 **Kommunen, des gesamten Bildungsbereiches und des**
43 **Gesundheitswesens (insbesondere bei den**
44 **Pflegekosten) beziffert und verwandt werden.**
45

46 **Die übernational einzuführende**
47 **Finanztransaktionssteuer sowie die Besteuerung von**
48 **weiteren Bankgeschäften sollte gefordert und**
49 **ausschließlich zum Abbau der Staatsverschuldung in**
50 **Deutschland eingesetzt werden.**
51

1 **Die verfassungsgemäß drohende Schuldenbremse soll**
2 **nicht allein durch Ausgabenkürzungen sondern auch**
3 **durch Steuer- und Abgabenerhöhungen erreicht**
4 **werden.“**
5
6
7 **„Im Entwurf für ein „SPD-Fortschrittsprogramm“ sollte**
8 **im Kapitel – 3. Neuer Fortschritt: Ein Programm für gute**
9 **Arbeit und guten Lohn – die gewerkschaftliche**
10 **Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – vom 1.**
11 **Tag an“ übernommen werden.“**
12
13

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52

Antrag Nr.: 5

Antragsteller: AG 60plus Landesvorstand NRW

Änderung der Richtlinien der AG 60plus NRW

Die Landeskonzferenz möge folgende Änderung der Richtlinien beschließen:

Der Punkt 6. „Der AG 60plus Landesvorstand“ wird im Absatz (1) geändert.

Jetzige Fassung: Der AG 60plus Landesvorstand setzt sich zusammen aus:

- a) Der Vorsitzenden / dem Vorsitzenden
- b) Zwei gleichberechtigten stellvertretenden Vorsitzenden
- c) 1 Schriftführer/in
- d) 7 Beisitzern

Neue Fassung: der AG 60plus Landesvorstand setzt sich zusammen aus:

- a) Der Vorsitzenden / dem Vorsitzenden
- b) **Drei** gleichberechtigten stellvertretenden Vorsitzenden
- c) 1 Schriftführer/in
- d) **6 (sechs)** Beisitzern

Änderung der Richtlinien – Hier Größe Landesvorstand

Es wird beantragt die Anzahl der Beisitzerinnen / Beisitzer des Landesvorstandes zu erhöhen. Statt wie vorgeschlagen sechs sollen acht Beisitzerinnen / Beisitzer gewählt werden. Jede der vier Regionen soll zwei Beisitzerinnen und Beisitzer vorschlagen können.

Darüber hinaus empfiehlt die Landeskonzferenz dem Landesvorstand bei der Besetzung der Spitze (Vorsitzender und Stellvertreter) wenn möglich jede Region mit einem Vorschlag zu berücksichtigen.

1 **Antrag 6**

2

3

4

5 **Antragsteller: der AG 60plus des OV Köln-Höhenhaus**

6

7

8 Die NRW-Landesdelegiertenkonferenz der AG 60plus möge
9 beschließen:

10

11 **Der Landesvorstand wird verpflichtet, künftig die**
12 **Ortsvereine rechtzeitig und besser über anstehende AG**
13 **60plus-Termine auf Landesebene (möglichst auch**
14 **Bundesebene) zu informieren, insbesondere auch über**
15 **Antragsfristen zur Landeskonzferenz. Hierfür sollen**
16 **vermehrt das Internet und die Emailkommunikation**
17 **genutzt werden.**

18

19 *Begründung: Auf der Website der Landes-AG 60plus fand*
20 *sich bis zum 05.05.2011 kein Terminhinweis auf die*
21 *anstehende Landeskonzferenz und die damit verbundene*
22 *Antragsfrist. Dies gehört heutzutage eigentlich zum Standard*
23 *einer großen Organisation.*

24

25

1 Antrag 7

2 Antragsteller: der AG 60plus des OV Köln-Höhenhaus

3 Die NRW-Landesdelegiertenkonferenz der AG 60plus möge
4 beschließen:

5 **Der Landesvorstand NRW der AG 60plus aktualisiert so**
6 **rasch wie möglich den Internetauftritt der Landes AG**
7 **60plus und reichert diesen mit konkreten nützlichen**
8 **Informationen für potenzielle Besucher an. Anschließend**
9 **wird der Internetauftritt kontinuierlich um neue hilfreiche**
10 **Informationen erweitert, so dass sich regelmäßige**
11 **Besuche dieser Internetseite lohnen. Die Internetseite**
12 **soll so konzipiert werden, dass sie auch von**
13 **Suchmaschinen bei Recherchen zu unterschiedlichen**
14 **Altersthemen gefunden und vorrangig gelistet wird.**
15 **Dadurch wird für die Öffentlichkeit sichtbar, dass die**
16 **SPD in diesen Fragen „kompetent“ und relevant ist (also**
17 **über „Deutungshoheit“ verfügt). Um dies zu**
18 **gewährleisten, soll ein Beisitzer**
19 **die Verantwortung für die Pflege**
20 **der Internetseite übernehmen. Auf**
21 **ihrer Internetseite soll die Landes**
22 **AG 60plus möglichst bald eigene**
23 **Visionen zu einem konstruktiven**
24 **Umgang mit wichtigen**
25 **Altersthemen vorstellen und**
26 **kontinuierlich zur aktuellen**
27 **politischen Diskussion von**
28 **altersrelevanten Themen Stellung**
29 **nehmen.**

30 ***Begründung: Auf der jetzigen***
31 ***Internetseite steht lediglich ein***
32 ***Standardtext zu den Aufgaben der***
33 ***AG 60plus, der wenig geeignet ist, die***
34 ***AG 60plus in aktuellen Diskussionen***
35 ***zu profilieren und Interessenten zur***
36 ***konkreten Mitarbeit zu gewinnen (siehe***
37 ***Abbildung). Indem die AG 60plus***
38 ***darauf hinwirkt, dass ihre***
39 ***Stellungnahmen bei Recherchen im***
40 ***Internet vorrangig auftauchen,***
41 ***demonstriert sie – in den Worten von***
42 ***Sigmar Gabriel – dass sie bei diesen***
43 ***Themen die „Deutungshoheit“ hat***
44 ***(Gabriel: „Die politische Mitte in einem***
45 ***Land hat der***
46 ***gewonnen, der in den Augen der***
47 ***Mehrheit der Menschen die richtigen***

HOME | AKTUELL | LANDTAGSWAHL | PARTEI | KÖPFE | PRESSE | MITGLIEDER | SERVICE

NRWSPD – Die Sozialdemokraten in NRW. Suchen

Arbeitsgemeinschaften

AG 60 plus. Die Arbeitsgemeinschaft der Älteren

Die Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus versteht sich als Zielgruppenorganisation der SPD, die insbesondere inhaltliche Impulse für die Partei geben und zugleich Vermittlerin zu den Älteren in Organisationen, Verbänden und Institutionen sein will. 1994 gegründet, ist sie die jüngste unter den großen Zielgruppenorganisationen in der Partei, zählt aber zu den aktivsten.

Die Arbeitsgemeinschaft 60 plus setzt sich für eine zukunftsfähige Gesellschaft, für eine Gesellschaft für alle Lebensalter ein. SPD 60 plus wendet sich gegen jegliche Versuche, alte und junge Menschen gegeneinander auszuspielen. Ziel ist ein Ausgleich der Chancen ebenso wie der Belastungen – auf der Grundlage eines tieferen Verständnisses von Gerechtigkeit zwischen Generationen. Deshalb lautet der Leitgedanke, unter den die Arbeitsgemeinschaft ihr Tun im Jahre 2003 stellte: "Gemeinsam Zukunft gestalten – Für ein Miteinander der Generationen". Konkrete Projekte prägten die Aktivitäten der SPD-Senioren in den vergangenen zwei Jahren. Besonders intensiv widmete sich die Arbeitsgemeinschaft dabei der Lebenssituation hochbetagter Menschen. Unter dem Leitgedanken „Hohes Alter in guten Händen“ machte die SPD 60 plus besonders darauf aufmerksam, dass mit den Jahren auch der Bedarf an Hilfe wächst.

Der Vorstand:

Der Vorstand:
Vorsitzender:
Kompe, Gerhard

Stellv. Vorsitzender:
Wendel, Hanny

Schriefführer:
Wendel, Hans

BesitzerInnen:
Brandt, Ruth
Harke, Günter
Jenders, Jochen
Kroh, Elsbeth
Mitterer, Marita

Links:
➔ [Für ein solidarisches Generationenprojekt.](#)

Vorsitzender
Gerhard Kompe
Privat-Adresse:
Rindenstr. 8
44265 Dortmund
[Karte bei Google Maps zeigen »](#)
Telefon: 0231 / 467178
[E-Mail senden »](#)

1 *Fragen und die richtigen Antworten bereithält. Also der, der*
2 *die Deutungshoheit über die aktuellen gesellschaftlichen*
3 *Herausforderungen besitzt“). Außerdem finden die Mitglieder*
4 *der AG 60plus dort wichtige Termine und eine ausführlichere*
5 *Einführung in die Mitwirkungsmöglichkeiten bei der AG*
6 *60plus.*

7
8
9

1 **Antrag 8**

2
3
4 **Antragsteller: der AG 60plus des OV Höhenhaus**

5
6
7 Die NRW-Landesdelegiertenkonferenz der AG 60plus möge
8 beschließen:

9
10 **Auf allen Organisationsebenen der SPD (insbesondere**
11 **auf Bundes- und Landesebene) wird im engeren**
12 **Vorstand aller Parteigliederungen künftig darauf**
13 **geachtet, dass wenigstens ein Drittel der**
14 **Vorstandsmitglieder 60 Jahre oder älter ist. Positionen**
15 **wie „Seniorenminister“ sollten möglichst nicht mit**
16 **Personen besetzt werden, die altersmäßig vom**
17 **„Seniorenstatus“ noch sehr weit entfernt sind.**

18
19 ***Begründung:*** *Es ist zu begrüßen, dass zumindest in der*
20 *Bundes- und Landespolitik ein deutlicher Trend zur*
21 *Verjüngung von Politikerinnen und Politikern zu registrieren*
22 *ist. Dies darf aber nicht dazu führen, dass die Generation*
23 *60plus, die mittlerweile rund 50 Prozent der SPD-*
24 *Mitgliedschaft stellt (!), unterrepräsentiert wird. Um die*
25 *Interessen und Probleme der Bevölkerung ab 60 verstehen*
26 *und angemessen und überzeugend vertreten zu können, ist*
27 *eine gewisse Lebenserfahrung und Betroffenheit erforderlich.*
28 *Eine Bundesseniorenministerin im Alter von 33 Jahren*
29 *(2011), kann sich vermutlich noch nicht so gut in die*
30 *Situation von Menschen mit einem Alter ab 60 Jahren*
31 *eindenken und einfühlen. Die SPD sollte nicht verschämt*
32 *verbergen, dass Sie zu 50 Prozent bereits eine*
33 *„Seniorenpartei“ ist, sondern damit aktiv und konstruktiv*
34 *umgehen und dadurch in der wachsenden Gruppe der über*
35 *60-jährigen weitere Wähler gewinnen. Ein möglicher Slogan*
36 *wäre: 148 Jahre SPD – wir schätzen das Alter! (1863 wurde*
37 *der ADAV gegründet).*

1 **Antrag 9**

2
3 **Antragsteller: der AG 60plus des OV Höhenhaus an die**
4 **NRW-**

5
6
7 Die NRW-Landesdelegiertenkonferenz der AG 60plus möge
8 beschließen:

9
10 **Der Landesvorstand der AG 60plus setzt noch in diesem**
11 **Jahr auf Landesebene eine Arbeitsgruppe zum Thema**
12 **„Auch im Alter Stärken fördern und entfalten“ ein. Dies**
13 **erübrigt sich nur dann, wenn eine solche Arbeitsgruppe**
14 **zeitgleich auf Bundesebene ihre Arbeit aufnimmt.**
15 **Baldmöglichst setzt der Landesvorstand auch eine**
16 **Arbeitsgruppe zu folgendem Thema ein: Situation**
17 **ehemaliger „Gastarbeiter“ im Rentenalter und daraus**
18 **erwachsene gesellschaftliche Herausforderungen.**

19
20 *Begründung: Soweit ersichtlich haben sich bisherige*
21 *Arbeitsgruppen der AG 60plus vorrangig mit Problemen und*
22 *Defiziten des Alters befasst (wie Pflege und Armut). Die*
23 *Auseinandersetzung mit diesen Themen ist und bleibt wichtig*
24 *und sinnvoll. Als Schwerpunkt fördert sie aber ein einseitig*
25 *defizitäres Bild vom Alter und ignoriert, dass sich Menschen*
26 *bis ins hohe Alter weiterentwickeln, ein sehr befriedigendes*
27 *Leben führen und wichtige Beiträge zum Gemeinwohl leisten*
28 *können. Gerade die sich zur Senioren-Partei entwickelnde*
29 *SPD (bundesweit sind mittlerweile 50 Prozent der Mitglieder*
30 *60 Jahre und älter), sollte signalisieren, dass sich die SPD*
31 *ganz besonders auch für die Entwicklung und Förderung von*
32 *Stärken im Alter engagiert. Nicht zuletzt ist aus der Medizin*
33 *bekannt, dass Gesundheit durch Entwicklung von*
34 *„Ressourcen“ („Widerstandskräften“) aktiv herbeigeführt*
35 *werden kann („Salutogenese“) und daher nicht nur als*
36 *„Abwesenheit von Krankheit“ zu verstehen ist. Aus politisch-*
37 *gesellschaftlicher Sicht ist nicht nachzuvollziehen, warum*
38 *man der wachsenden Kompetenz jüngerer Menschen in den*
39 *letzten Jahrzehnten immer mehr dadurch Rechnung*
40 *getragen hat, dass beispielsweise das Wahlalter (aktives*
41 *Wahlrecht) von 21 Jahren auf mittlerweile 16 Jahre bei*
42 *NRW-Kommunalwahlen gesenkt wurde, während man die*
43 *wachsende Kompetenz älterer Menschen eher*
44 *auszublenden scheint. Die vorgeschlagene Arbeitsgruppe*
45 *soll daher auch helfen zu verdeutlichen, welche riesigen*
46 *Potenziale in der älteren Bevölkerungsgruppe schlummern*
47 *und wie sich diese aktivieren lassen.*

48
49 *Die zweite vorgeschlagene Arbeitsgruppe soll dem Umstand*
50 *Rechnung tragen, dass in Deutschland gealterte ehemalige*
51 *„Gastarbeiter“ in der öffentlichen Wahrnehmung kaum*

1 *auf tauchen und selbst ihre Interessen und Bedürfnisse oft*
2 *nur unzureichend vertreten können. Auch diesen Mitbürgern*
3 *ist ein Alter in Würde und Respekt und mit guter*
4 *gesundheitlicher und pflegerischer Versorgung zu*
5 *garantieren. Kulturellen Besonderheiten ist dabei Rechnung*
6 *zu tragen.*

7
8
9

1 **Antrag 10**

2
3
4 **Antragsteller: der AG 60plus des OV Höhenhaus**

5
6
7 Die NRW-Landesdelegiertenkonferenz der AG 60plus möge
8 beschließen:

9
10 **Der Landesvorstand der AG 60plus nimmt künftig**
11 **regelmäßig zu aktuellen Fragen der Altersdiskussion**
12 **öffentlich Stellung (mindestens einmal im Quartal bzw.**
13 **kurzfristig aus politischem Anlass). Er achtet darauf,**
14 **dass wichtige parteiinterne Dokumente wie der Entwurf**
15 **für ein SPD-Fortschrittsprogramm nicht verabschiedet**
16 **werden, ohne dass sicher gestellt ist, dass auch**
17 **Altersaspekte ausreichend und ausdrücklich bedacht**
18 **sind.**

19
20 *Begründung: Auf der jetzigen Internetseite steht lediglich ein*
21 *Standardtext zu den Aufgaben der AG 60plus, der wenig*
22 *geeignet ist, die AG 60plus in aktuellen Diskussionen zu*
23 *profilieren und Interessenten zur konkreten Mitarbeit zu*
24 *gewinnen. Der Entwurf für ein SPD-Fortschrittsprogramm*
25 *ignoriert das Thema des demografischen Wandels*
26 *weitgehend. Von den vier Hauptforen des Zukunftskonvents*
27 *2011 am 21. Mai 2011 widmete sich keines einer*
28 *Altersthematik bzw. dem demografischen Wandel aus*
29 *Alterssicht. Auch die auf Bundesebene initiierten*
30 *„Zukunftswerkstätten“ befassten sich mit anderen Themen*
31 *als dem demografischen Wandel.*

1
2 Initiativantrag 2

3

4 **Sozialdemokratische Partei**
5 **Deutschlands Arbeitsgemeinschaft 60**
6 **plus Region Köln**

7 Die Landeskonferenz der SPD AG 60 plus NRW möge
8 beschließen:

9 Die Landeskonferenz der SPD AG 60 plus NRW fordert
10 die SPD-Bundestagsfraktion auf, einen Antrag auf
11 Anpassung des Regelsatzes von € 364 für das
12 Arbeitslosen- geld II oder Sozialgeld an den
13 tatsächlichen Bedarf wegen der ständig steigenden
14 Lebenshaltungskosten umgehend im Deutschen
15 Bundestag zu stellen.

16

17

18

1
2
3 Initiativantrag Nr. 3

4 **Sozialdemokratische Partei Deutschlands**
5 **AG 60plus UB Oberberg**
6

7 Datum: 20. Juni 2011

8 An
9 Den SPD Landesverband NRW und
10 die Landeskonferenz der AG 60plus SPD NRW
11

12
13 Liebe Genossinnen und Genossen,
14

15 auf unserer Versammlung am 15.06.2011 haben wir den
16 Vorschlag unseres Parteivorsitzenden Siegmur Gabriel, die
17 Partei für Nichtmitglieder zu öffnen, besprochen. Die SPD
18 AG 60plus Oberbergischer Kreis möchte gerne, dass unser
19 Antrag noch vor dem Bundesparteitag im Herbst diesen
20 Jahres auf Unterbezirksebene und Landespartei behandelt
21 wird.

22 Die Mitglieder haben einstimmig dem Vorstand en Auftrag
23 erteilt dazu Stellung zu nehmen und den folgenden Antrag zu
24 stellen.

25
26 Antrag:

27
28 Die Genossinnen und Genossen der SPD AG 60plus aus
29 den einzelnen SPD Ortvereinen des Überbergischen Kreises
30 und der Vorstand der AG 60plus Region Mittelrhein sind der
31 Ansicht, dass in unsere Partei allen Bürgerinnen und Bürgern
32 die Möglichkeit eröffnet wird, nach den besten Lösungen zu
33 suchen, wie es der Bundesrepublik Deutschland, Europa und
34 unserer Welt besser gehen kann.

35 Das ist bisher schon möglich, denn unsere Veranstaltungen
36 sind öffentlich.
37

38 Wir sind aber nicht damit einverstanden, dass Nichtmitglieder
39 über Parteiinterne Angelegenheiten wie Vorstandswahlen,
40 Wahl von Kandidaten für die verschiedensten Ämter
41 Stimmrecht bekommen und sind mit einer Änderung unserer
42 Parteisatzung die das möglich macht, nicht einverstanden.
43

44 Begründung:
45

1 Es kann nicht sein, das treue Parteimitglieder die
2 Kernerarbeit leisten, wie Wahlkampf mit Ständen und
3 Plakate kleben, dazu die Parteiorganisation hochhalten und
4 ihren Mitgliedsbeitrag bezahlen, dann aber von
5 Nichtmitgliedern dafür bestraft werden, weil auf einmal
6 Mehrheiten entstehen, die nicht im Sinne unserer Partei sind.
7 Welchen Sinn hat es dann eigentlich, dass man noch
8 Parteimitglied ist, wenn jeder mitstimmen kann ob er zahlt
9 oder nicht, ob er parteipolitisch unserer Meinung ist oder
10 nicht, ob er die Partei haben will oder nicht?
11 Wir möchten nicht, dass wir unsere „Alte SPD“ mit unseren
12 Sozialdemokratischen Idealen irgendwelchen Populisten
13 opfern.
14 Deshalb unsere Forderung, kämpft mit uns, dass eine
15 Öffnung der Partei für Nichtmitglieder nur auf der Ebene der
16 Meinungsfindung stattfinden kann und lehnt eine Öffnung für
17 Nichtmitglieder mit Stimmrecht auf Parteiebene ab.
18
19 Mit freundlichen Grüßen

Alwin Krich

20
21
22
23
24